

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M., durch die Post vierteljährlich 4.20 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der ersten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 40 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 50 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 100 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postfachkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altenorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostau, Porschtorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 59

Bad Schandau, Donnerstag, den 11. März 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das soeben erschienene Wirtschaftsmanifest des Obersten Rates verspricht Deutschland weitgehende finanzielle Unterstützung.
- Das Wirtschaftsmemorandum der Entente hat den im Friedensvertrag festgesetzten Zeitraum von vier Monaten, während dessen Deutschland Vorschläge bezüglich der Entschädigungssumme machen kann, im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse verlängert.
- Die Reichsregierung fordert angesichts der mehrfachen Kundgebungen gegen Mitglieder der fremden Missionen in einem Aufruf zur Zurückhaltung und Würde auf.
- Nach amtlichen Mitteilungen ist der Heimtransport aus Frankreich als beendet anzusehen.
- Die für Rußland bestimmte wirtschaftliche Studienkommission wird unter Führung des früheren Staatssekretärs Dr. August Müller sehen.
- Der Vorstand der Zentrumspartei wird sich in einer Sitzung am 18. März mit dem Fall Eraberger befassen.

## Obstruktion der Rechten?

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Kast klang es wie Trompetengeschmetter, als in der Plenarsitzung der Nationalversammlung die Führer der beiden Rechtsparteien, Graf Posadowsky namens der Deutschnationalen und Erzellenz Heinze namens der Deutschen Volkspartei, von der Anwendung aller parlamentarischen Mittel sprachen, zu der sie ihre Zuflucht nehmen müßten, wenn es dabei bleiben sollte, daß nach dem Willen von Regierung und Mehrheitsparteien die Neuwahlen zur Volksvertretung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben würden. Wie der alte „Bosa“ seine Ankündigung vorbrachte, konnte allerdings nicht gerade beängstigend wirken; er ist auch nach der Revolution der widerwärtigste, in der Form niemals maßlose Politiker geblieben, als welcher er sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus einen Namen gemacht hatte, er kann auch im Borne, auch wenn er durch mehr oder weniger geschmackvolle Zwischenrufe gereizt wird, den gebildeten Weltmann nicht verleugnen, der nach außen hin seine Ruhe bewahrt und sich die Art seines Auftretens in der Öffentlichkeit niemals vom Gegner vorzeichnen läßt. Schärfer ging schon der Führer der Deutschen Volkspartei ins Zeug. Dr. Heinze, der frühere Justizminister im früheren Königreich Sachsen, ist jugendlicher, feuriger als der Graf im Barte. Auch er erklärte, daß seine Freunde entschlossen seien, alle ihnen zu Gebote stehenden parlamentarischen Mittel anzuwenden, um zum Ziele zu gelangen. Dieses Ziel aber ist die durch die Verfassung vorgeschriebene Anberaumung von Wahlen zum Reichstag. Das Mandat der Nationalversammlung ist nach der Überzeugung der Rechten längst abgelaufen und es geht nicht an, es immer wieder zu verlängern. Aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht, aber auch nicht aus politischen Gründen; denn die Nationalversammlung könne nach dem unabweislichen Stimmungsumschwung, der in weiten Volksteilen vor sich gegangen sei und immer größeren Umfang anzunehmen scheine, unmöglich noch als der wahrheitsgemäße Ausdruck unseres nationalen Willens anerkannt werden. Deshalb müsse sie, gerade weil es bei uns nach demokratischen Grundgesetzen zugehen soll, so rasch wie möglich vom Schauplatz abtreten.

Aber die Forderung der Rechten ist in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 60 Stimmen abgelehnt worden. Die kompakte Regierungsmehrheit hält eben unbedrückt und unbeeinträchtigt zusammen, da können auch die schönsten Neben nichts ausrichten. Was wird nun weiter geschehen? Herr Heinze hat vorsorglich hinzugefügt, daß seiner Partei jede Obstruktion fernliege, und Graf Posadowsky hat nicht minder bestimmt erklärt, daß die Rechte sich in ihrem Kampf ums Volkswohl und Vaterland selbstverständlich nur gesetzlicher Mittel bedienen werde. Aber da man doch weiß, daß die beiden Herren ebenso wie ihre Parteien sehr ernst genommen sein wollen, muß doch hinter ihrem einigermassen geräuschvollen Auftreten etwas mehr gesucht werden als die bloße Lust an kleinen parlamentarischen Zwischenfällen, als der Versuch, durch blendende Schaumfalgereien Augenblickswirkungen zu erzielen, mit denen sich vielleicht diese oder jene hinter den Kulissen verborgene geheime Schwereigkeit im eigenen Lager für einige Zeit beheben läßt.

Es wird behauptet, daß die parlamentarische Führung der Rechtsparteien von den Anhängern im Lande vielfach als zu lau und zu schlapp getadelt wird; man fordere schärfste Rücksichtslosigkeit gegen das neue System wie gegen alle seine Schildhalter, wer und wo es auch sei, und treffe bereits Anstalten, um bei der Vorbereitung der Neuwahlen alle Vertreter einer gar zu gemäßigten Tonart von den Kandidatenlisten auszuschalten. Dieser Stimmung der Wählerschaft müsse offenbar jetzt mehr als bisher Rechnung getragen werden. „Alle“ parlamentarischen Mittel sollen

benutzt werden, um zu verhindern, daß die Nationalversammlung sich auch fernerhin noch Rechte und Aufgaben anmaße, zu denen sie nicht befugt und nicht berufen sei. Auf eine Verschärfung des parlamentarischen Kampfes müssen wir uns also für die nächsten Wochen und Monate in jedem Falle gefaßt machen; ob auch auf Obstruktion und die damit unvermeidlichen parlamentarischen Irrungen und Wirrungen, das kann wohl als Absicht der Beteiligten von vornherein verneint werden — fragt sich nur, ob der Zwang der einmal geschaffenen Verhältnisse nicht schließlich doch über die gesteckten Grenzen hinausdrängen wird. Ganz abgesehen davon, daß die eine Partei, wenn sie die Leidtragende ist, schon von Obstruktion zu sprechen liebt, wo die andere noch durchaus im Rahmen ihrer geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse zu verweilen behauptet. So kann heute noch niemand wissen, was uns bevorsteht. Nur daß wir etwa ruhigeren Zeiten entgegengehen, als wir sie durchlebt haben, das wollen wir uns weder selber einreden, noch von anderen einreden lassen.

## Das Wirtschaftsmanifest.

Ententehilfe für Deutschland.

Die Veröffentlichung der Erklärung des Obersten Rates ist nunmehr erfolgt. In der Erklärung heißt es, daß die augenblickliche wirtschaftliche Lage der Welt durch die Abnahme des Überflusses an Gütern infolge des Verbrauches während des Krieges und durch den ins Maßlose gesteigerten Notenumlauf bedingt ist. Der Oberste Rat drängt mit allem Nachdruck auf die Steigerung der Erzeugung und auf äußerste Sparsamkeit im öffentlichen und privaten Leben als die einzigen Mittel, um die Lage wiederherzustellen. Ferner müssen die auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächte ihren Entschluß aufs neue bekräftigen, bei der Wiederherstellung des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens in Europa zusammenzuarbeiten. Der Versuch, den Beschäftigten durch künstliche Regierungsmaßnahmen zu beeinflussen, würde die Gesundung nur hinauschieben. Es müssen aber Mittel und Wege gefunden werden, um den Zusammenbruch der Handelstransaktionen zu verhindern. Der Oberste Rat schlägt vor, die Rüstungen auf das möglich niedrigste Maß zu beschränken, das mit der nationalen Sicherheit der einzelnen Völker vereinbar ist und zu diesem Zweck den Völkerverbund zu Beratungen über entsprechende Vorschläge einzuladen. Jedenfalls sei es höchst wünschenswert, den endgültigen Vertrag der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung möglichst bald festzusetzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten. Wenn es sich als notwendig herausstellen sollte, so müßte Deutschland die Genehmigung erhalten, eine auswärtige Anleihe aufzunehmen, und man müßte Deutschland über die sofortige Not hinweghelfen.

## Die Stellungnahme der Zentrumspartei.

Eine Erklärung des Oberstaatsanwalts.

Das führende Zentrumsorgan, die Germania, meldet: Der Reichsparteivorstand und der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei werden am 18. März in Berlin zu einer Sitzung zusammenzutreten. Wie wir hören, handelt es sich dabei um die Stellungnahme zu wichtigen politischen Fragen, vor allem zu den Ergebnissen im Helfferich-Prozess.

Als Nachklang zu dem Prozess veröffentlicht Oberstaatsanwalt Krause eine Erklärung, in der er u. a. sagt: „In der Schlussverhandlung des Helfferich-Prozesses hat der Herr Nebenkläger gegen mich den „schweren“ Vorwurf erhoben, daß ich in der Thjessen-Angelegenheit einen ihm günstigen Zeugen v. Schönebeck ignoriert habe. Ich habe bereits in der Verhandlung erwidert, daß die Erwähnung des Zeugnisses Herrn v. Schönebecks unterblieben sei, weil es durch die Aussagen fünf anderer Zeugen (Erzellenz Richter, Neuhaus, Semper, Wode, v. Gemmingen) widerlegt gewesen sei. Hätte ich mich bemüht, das eine Zeugnis gegen die fünf anderen auszuspielen, so wäre dies von der Seite des Angeklagten sofort als „plumper“ Versuch bloßgestellt worden. Es kam aber noch etwas hinzu: Hätte ich das Zeugnis v. Schönebecks erwähnt, so hätte ich der Vollständigkeit halber hinzufügen müssen, daß dieses Zeugnis gewissen Bedenken ausgesetzt sei. Denn erstens hatte Erzellenz Richter, der frühere Vorgesetzte v. S., gelegentlich gesagt, ihm sei der Gedanke peinlich, daß die Thjessen-Angelegenheit von Herrn v. Schönebeck bearbeitet werde, wegen dessen naher Beziehungen zu Herrn Eraberger, zweitens war in der Hauptverhandlung zur Sprache gekommen, daß Herr Eraberger für die Karriere des Herrn v. S. großes Interesse gezeigt, u. a. dessen Ernennung zum Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen durchzusetzen versucht hatte. — Um nicht diese Fakta nochmals zur Sprache zu bringen, also aus Schonung gegen Herrn v. S. wurde von der Erwähnung seines — nicht unbedenklichen — Zeugnisses abgesehen, aber, wie gesagt, auch deshalb, weil das Zeugnis durch fünf andere — völlig einwandfreie — Zeugen widerlegt war.“

## Welt- und Volkswirtschaft.

Berliner Produktenbörse. Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 10. März: Safer für 1000 Kilogramm loco — Markt ab Bahn, auf Abladung 4600—4640 Markt ab Station. Tendenz: flau.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 440—560 Markt, gelbe und grüne Erbsen 380—500 Markt, Bohnen, weiße inländische 400—480 Markt, Roten 240—250 Markt, Pferdebohnen 230—250 Markt, Wicken 180—205 Markt, Lupinen 90—120 Markt, Geraballe 112—116 Markt, Weizenheu, lose, 53—59 Markt, Stroh, drahtgepreßt 35—39 Markt, gebündelt 32—35 Markt, Trodenstängel 102—104 Markt, Patent Steffen 113—111 Markt, Rotklee, inländischer, feibefrei 1400—1700 Markt, Archimedes 810—830 Markt.

\* Die Mehrarbeit im Ruhrbergbau. In den Verhandlungen zwischen Regierung, Bergarbeiterverband und Bergarbeiterverbänden kam es zur Verlängerung des Arbeitsnachtsabkommens auf der bisherigen Grundlage mit einwöchentlichem Kündigungserfrist. Bis auf weiteres werden also die Bergleute weiter zweimal wöchentlich im Anschluß an die regelmäßigen je eine halbe Überarbeit an den früheren festgesetzten Bedingungen verfahren.

## Deutsche Nationalversammlung.

(153. Sitzung.)

OB. Berlin, 10. März.

Die Bewegung, die in der heutigen Sitzung herrschte, war nicht, wie gestern, veranlaßt durch politische Spannung. Sie war hervorgerufen durch zahlreiche Abstimmungen. Man behandelte wieder einmal Steuergesetze und zwar in dritter Lesung.

### Ein Gruß an Schleswig.

Bevor man dazu kam, machte Präsident Fehrenbach die bemerkenswerte Mitteilung: Ich habe an die Presse in Schleswig telegraphiert: „Die Nationalversammlung sendet den Deutschen zur Abstimmung wärmste Grüße. Sie fühlt sich mit ihnen in Geist und Blut unzer trennlich verbunden. Was deutsch ist, muß deutsch bleiben. In diesem Sinne ermahne sie die Entscheidung, der sie zuversichtlich entgegensteht. Treue um Treue.“

Nach dieser, mit Beifall aufgenommenen Kundgebung trat das Haus in die zweite Beratung des Körperschaftssteuergesetzes ein. Dazu ist eine Reihe schriftlicher Anträge eingegangen, und da diese Anträge noch nicht gedruckt vorlagen, mußte die Beratung über diesen Punkt abgebrochen werden. Man kam darauf zu der

### Dritten Lesung des Reichseinkommensteuergesetzes.

Bei § 13 begründete Abg. Dr. Mann (deutschnat.) seinen Antrag, wonach Beiträge zu kulturfördernden, mildtätigen und anderen derartigen Vereinigungen im gewissen Umfang für abzugsberechtigt zu erklären seien. Abg. Götthardt (Dem.) trat ebenfalls für den Antrag ein und schließlich wurde bei Ausschluß des Hauses dieser, von der Rechten kommende Antrag mit 117 gegen 104 Stimmen angenommen.

Bei § 15, Berechnung des Einkommens von Ehegatten, beantragte die Abg. Frau Bies (U. Soz.) Streichung dieser Bestimmung, weil die Zusammenlegung ein Unrecht sei und gerade die ärmsten der Armen am schwersten treffe. Dieser Antrag wurde dem Gesetz ausgenommen. Die Mehrheitsparteien erklärten sich aber dagegen und nach einigen weiteren Auseinandersetzungen wurde der Antrag der Unabhängigen abgelehnt. Er teilte das Geschick einiger, vorher von der Rechten eingebrachten Anträge.

Bei § 23, Waldnutzungen, geschah es, daß diese Bestimmung zurückgestellt wurde, weil die Mehrheit unter sich nicht einig war. Das Zentrum beklagte sich, daß die Mehrheitsparteien der getroffenen Abrede gegenüber die vereinbarte Fassung gestimmt hätten. Mit Rücksicht darauf wollte man sich später über die eigentliche Fassung einigen. So ging die Beratung doch geraume Zeit weiter.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

\* Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan. Die verlangte Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan steht jetzt bevor. Der erste Ministerrat in Paris wird Monsignor Cerretti, derzeit Unterstaatssekretär, sein, der erste Botschafter Frankreichs sei Jules Cambon, der frühere Votschafter in Berlin. Cerretti war der Delegierte des Papstes bei der Pariser Konferenzberatung über die deutschen Missionen.

\* Eingreifen der Reichsregierung in Gotha. Die unabhängige Mehrheit der Gothaer Landesversammlung hatte vor einiger Zeit unter Bergemäntung der Minderheit die Gründung einer Arbeiterhochschule und eines Landesbildungsamtes für den Freistaat Gotha durchgesetzt. Die Minderheit hatte sich sofort beschwerdeführend an die Reichsregierung gewandt. Der Reichsminister des Innern hat jetzt entschieden, daß die in der betreffenden Sitzung der Landesversammlung gefaßten Beschlüsse ungültig sind und nicht zur Grundlage von Vollzugsmaßnahmen der Landesregierung dienen dürfen.

\* In der Affäre des Professors Nicolai von der Berliner Universität, den der Senat für unwürdig des Lehr-